

# Einfachere Zulassung, liberalisierte Preise

Experten fordern eine neue Medikamente-Politik

Von Dominik Feusi, Bern

Es kommt Bewegung in die Gesundheitspolitik. Vorgestern reichten Parlamentarier Vorschläge für ein völlig neues Verfahren zur Festsetzung von Ärztetarifen und Spitalpauschalen ein (die BaZ berichtete).

Gestern nun präsentierte das «Bündnis freiheitliches Gesundheitswesen» des Berner Gesundheitsökonomen Robert Leu und des Basler Anwalts und früheren Vizedirektors im Bundesamt für Gesundheit (BAG), Andreas Faller, Vorschläge für eine völlig neue Medikamente-Politik. Damit äussern sich erstmals Vertreter von Kassen, Spitalern, Ärzten, der Pharma, der Apotheken und des Medikamentenhandels gemeinsam zu einem höchst umstrittenen Thema.

## Interpharma ist skeptisch

Die heutige Medikamente-Politik sei «am Ende», sagte Robert Leu gestern. Innert fünf Jahren habe man das System fünfmal umgekrempelt. Die nächste Veränderung kommt in den nächsten Wochen in den Bundesrat. «Es ist Zeit für grundsätzliche Veränderungen.» Es stelle sich die grundsätzliche Frage, ob

die heute vorgesehenen staatlichen Eingriffe überhaupt notwendig seien.

Das Bündnis fordert vom Bundesrat, gegen die Verschwendung von Medikamenten vorzugehen. Die Zulassung von Medikamenten soll vereinfacht und entbürokratisiert werden. Der Einfluss von Swissmedic und BAG müsse zurückgedrängt werden. Die Preisfestsetzung soll den Marktteilnehmern überlassen werden. Die Entschädigung für die Apotheker soll so umgestaltet werden, dass es einen Anreiz gibt, günstige Medikamente ins Sortiment aufzunehmen und an die Patienten abzugeben. Bei Medikamenten für seltene Krankheiten sollen die Kassen zu einer einheitlichen Erstattungspolitik gezwungen werden, damit keine Patienten benachteiligt werden.

Der Verband der forschenden Pharmaunternehmen, Interpharma, ist skeptisch, ob der Systemwechsel nicht die freie Wahl der Patienten einschränken würde. Andreas Faller widerspricht: Auch in einem neuen System seien alle Medikamente der Spezialitätenliste allen zugänglich. Bloss die Preisbildung werde wettbewerblich und ohne staatliche Kontrolle durchgeführt.